Newsletter vom 19. 5. 2024

Inhalt

Trotz praxisferner Leitideen funktioniert unsere Volksschule noch erstaunlich gut 2
17. Mai 2024, Hanspeter Amstutz 2
Totalverwertung des Menschen 3
NZZ, 6. Mai 2024, Feuilleton, Giuseppe Gracia 3
«Totalverwertung des Menschen» 5
NZZ, 10. Mai 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief 5
Sehnsucht nach der ganz normalen Schule 6
Condorcet Bildungsperspektiven, 12. Mai 2024, von Claudia Wirz 6
Schon bald dürfen Lehrpersonen mit ausländischem Diplom unterrichten 8
Tages-Anzeiger, 6. Mai 2024, Politik & Wirtschaft, Nina Fargahi 8
Ich bleib dann mal weg 11
NZZ am Sonntag, 5. Mai 2024, Schweiz, René Donzé 11
Zweifel am Weg gegen Lehrermangel 13
Tages-Anzeiger, 11. Mai 2024, Forum 13
«Zu viel Druck» 13
NZZ am Sonntag, 12. Mai 2024, Leserbriefe 13
«Reichlich naiv» 14
NZZ am Sonntag, 5. Mai 2024, Leserbrief 14
Nationale Geschichte im Mikrokosmos zweier Brücken 14
Journal 21, 11. Mai 2024, Carl Bossard 14
Kleinklassen wieder salonfähig machen – Integration um jeden Preis hat versagt 21
Zürcher Oberländer, 15. Mai 2024, Tribüne, Anita Borer 21
Veranstaltungshinweis 22
Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu? 22
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024 22

Trotz praxisferner Leitideen funktioniert unsere Volksschule noch erstaunlich gut

17. Mai 2024, Hanspeter Amstutz

In seinem Kurzkommentar zur schrittweisen Entfernung unserer Bildung von humanistischen Idealen zieht Beat Kissling ein eindeutiges Fazit. Er stellt fest, dass in unseren Schulen dank dem gesunden Menschenverstand und der gereiften Intuition vieler Lehrkräfte doch noch vieles erstaunlich gut funktioniert. Die Aussage ist gewagt, aber für mich stimmt sie. Beat Kissling nimmt Bezug auf unseren Startbeitrag von Giuseppe Gracia, in welchem die propagierte Abkehr von der personalen Vermittlung des Schulstoffs scharf kritisiert wird. Coaches statt Lehrer, selbstorganisiertes Lernen statt dialogischem Gedankenaustausch und zu viel digitales Lernen erschüttern aus der Sicht des Autors das Fundament unserer Schule.

Ernüchterung bei gross angekündigten Reformen

In welchem Zustand wäre heute die Volksschule, wenn all die Reformen der letzten zwanzig Jahre ohne kräftige Abstriche umgesetzt worden wären? Eine ganze Reihe umstrittener Neuerungen hat die interne Prüfung durch erfahrene Schulpraktiker nicht bestanden. So sind die fern jeder Praxis ausgebrüteten didaktischen Konzepte des Sprachbades krachend gescheitert und wurden auf Druck der Unterrichtenden durch bewährte Lehrmethoden abgelöst. Nicht besser geht es zurzeit dem didaktischen Modetrend, Lehrkräfte als Lernbegleiter zu deklarieren. Ernüchtert stellt man überall fest, dass das Unterrichten damit wesentlich aufwändiger und ineffizienter wird.

Die ganze Entwicklung ist aber letztlich ein Ärgernis. Wie konnte es nur dazu kommen, dass völlig untaugliche Leitbilder in der Lehrerbildung als pädagogische Wahrheiten verkündet wurden? Es ist doch ein Armutszeugnis für die führenden Bildungsinstitutionen, wenn nach der Ankündigung bahnbrechender Erkenntnisse ein deprimierender Kater in der Praxis folgt. Wohl das traurigste Beispiel dafür ist der Lehrplan 21, der als Jahrhundertwerk im Voraus gepriesen wurde. Doch nun zeigt es sich, dass das Fuder des Bildungsprogramms völlig überladen ist und die Lehrkräfte zu ihrem Schutz den Lehrplan einfach ignorieren. Dieser Lehrplan ist aber nicht irgendein kleiner Reformbaustein, sondern hat den Anspruch, ein Leuchtturm für unsere Volksschule zu sein. Dass er diese Aufgabe nicht erfüllt, ist ernüchternd.

Viele Freiheiten im Lehrerberuf als Basis des Schulerfolgs

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre erstaunt es schon, dass beim Haus des Lernens munter weiter an einem Totalumbau gearbeitet wird. Die umstrittenste Idee ist zweifellos die Vorstellung, dass Lehrpersonen auf personale Stoffvermittlung verzichten und auf einen weitgehend digitalisierten Lernbetrieb umstellen sollten. Lehrpersonen wären dann in erster Linie Ausführende einer voll planbaren Bildungssteuerung durch leitende Organe. Bedenken, dass eine bis ins Detail geregelte Steuerung ein äusserst gewagtes Vorgehen ist, scheint man keine zu haben. Dabei nimmt man in Kauf, dass dieser Krämergeist eines planbaren Bildungsoutputs dem pädagogischen Freiheitsgefühl der Lehrkräfte völlig zuwiderläuft und der Attraktivität des Lehrerberufs enorm schadet. Nur dort, wo Lehrerinnen und Lehrer ihre volle Verantwortung für ihre pädagogische Arbeit tragen, entwickeln sich Schulen kreativ und können den Jugendlichen Leistungsfreude vermitteln. Es ist unumgänglich, dass die unselige Vorstellung einer Lehrerin als grauer Maus im Grossraumbüro oder einem Lehrer als Tasten drückender digitaler Steuermann zurückgewiesen wird. Sehr viel näher an der Schulrealität wäre das Bild einer Dirigentin, die ihre Klasse kompetent und einfühlsam wie ein Orchester führt.

Gute Erinnerungen an engagierte Lehrerinnen und Lehrer

Ein lebendiges Bild ihrer früheren Mittelstufenlehrerin mit Ecken und Kanten zeichnet Condorcet-Autorin Claudia Wirz in ihrem Beitrag über die Sehnsucht nach der ganz normalen Schule. Ihre Lehrerin war im Unterricht voll präsent und forderte auf beste Weise die Schülerinnen und Schüler

heraus. Sie führte die Klasse wie eine Kapitänin und alle in der Klasse wussten, worauf es in ihrem Unterricht ankam. Auch der Lehrer in der nachfolgenden Klasse war auf ermutigende Weise streng. Wenn er etwas kritisierte, geschah dies ohne falsche Rücksichtnahme in aller Offenheit, aber stets mit dem Ziel, jeden Schüler wirklich zu fördern. Die Zeugnisnoten hat die Autorin als fair und motivierend empfunden. Sie wundert sich deshalb, dass in der abgehobenen aktuellen Diskussion über eine Abschaffung der Noten nur das Negative zur Sprache kommt. Trotz grosser Schülerzahl und knapper individueller Betreuung waren Absenzen damals selten, da das Schuleschwänzen absolut verpönt war. Dies ganz im Gegensatz zu heute, wo die Absenzen in manchen Schulen längst einen Alarmwert erreicht haben.

Blinder Fleck bei der Bekämpfung des akuten Lehrermangels

In der Bildungspolitik sind Hinweise auf grosse Freiheiten im Lehrerberuf längst kein Thema mehr, um das Lehrerbild attraktiv zu machen. Man weiss nur zu gut, dass sich unternehmerische Initiative mit gewissen methodischen Vorgaben nur schwer vereinbaren lässt. Vielmehr wird gerne darauf hingewiesen, dass mit Investitionen in die Digitalisierung und flexiblen Teilzeitmodellen beste Arbeitsbedingungen angeboten werden können. Trotzdem gelingt es in keiner Weise, den dramatischen Lehrermangel endlich zu reduzieren. Notlösungen mit rasch wechselnden Stellvertretungen gefährden die Schulqualität in vielen Klassen. Bis in sechs Jahren werden in unserem Land über 10 000 Lehrpersonen an der Volksschule fehlen, falls keine Trendwende erfolgt.

Absolut blauäugig wäre es zu glauben, mit der Durchführung von einigen Einführungskursen für Personen mit ausländischem Lehrdiplom könnte der Lehrermangel behoben werden. Wenn es nicht gelingt, das brach liegende pädagogische Potenzial auf der männlichen Seite besser auszuschöpfen, kommen wir nicht weiter. Ein blinder Fleck in der Bildungspolitik verhindert eine Auseinandersetzung mit der Frage, weshalb sich kaum noch Lehrer für die Primarschule zur Verfügung stellen. Dass der Lehrerberuf offenbar für die meisten Männer nicht mehr als spannende Führungsaufgabe wahrgenommen wird, muss zu denken geben.

Praxisverbundene Fachdidaktiker finden richtigen Weg

Zu den schönsten Aufgaben des Lehrerberufs gehört die Vermittlung von kulturellem Wissen im Realienunterricht. Mit dem historischen Lehrpfad im Grenzgebiet der Kantone Luzern und Aare entlang der Reuss ist es gelungen, für Schulklassen eine attraktive Aufarbeitung der Zeit des Sonderbundskriegs zu schaffen. Carl Bossard deckt eindrücklich auf, was eine gute Zusammenarbeit zwischen praxisverbundenen Fachdidaktikern und Lehrkräften bewirken kann, wenn die Begeisterung für eine Sache vorhanden ist.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre. Und vergessen Sie nicht, unsere *Kleinklassen-Initiative zu unterstützen*, sofern Sie dies nicht schon getan haben.

Hanspeter Amstutz

Totalverwertung des Menschen

NZZ, 6. Mai 2024, Feuilleton, Giuseppe Gracia

Das Schulsystem ist darauf ausgerichtet, Humankapital zu bilden. Es schränkt damit die Freiheit ein

Bildungseinrichtungen können nur dann auf Chancengleichheit hinwirken, wenn sie das richtige Rüstzeug für den passenden Berufsweg anbieten können. Achtsamkeitsübungen in einem Zürcher Schulhaus, November 2022. Karin Hofer / NZZ

Die kürzlich laut gewordene Klage von Schweizer Unternehmen und Lehrbetrieben ist symptomatisch für den Zustand heutiger Bildungspolitik: Schulnoten seien nicht dazu geeignet, passendes

Personal zu finden, hiess es da. Wirtschaftsverbände hatten eine qualitative Befragung durchgeführt und ein neues Notensystem mit einheitlichen Standards gefordert, um potenzielle Arbeitnehmer effizienter selektionieren zu können.

Hinter dieser Forderung steht die Vorstellung, Bildung und Schule müssten ein Art Vorzimmer der Personalabteilung von Unternehmen bilden. Doch warum sollten sich Pädagogen, Schüler, Bildungspolitiker und Integrationsbeauftragte in Zukunft in den Dienst der wirtschaftlichen Verwertung stellen?

Diese Frage erhält in Bildungsdebatten wenig Raum. Eher dominieren nachgelagerte Fragen um den richtigen oder falschen Weg zu einem Reformprozess. Etwa wenn es um die technisch-administrative oder politische Umsetzbarkeit gewisser Vorgaben geht. Der tiefere Sinn oder zivilisatorische Wert einer Reform, ihre menschlich-kulturellen Konsequenzen bleiben unreflektiert. Generell werden Fragen gemieden, die Distanz schaffen, Fragen, die es ermöglichen würden, den Korridor des Optimierungs- und Verwertungsdenkens zu verlassen, das heute so viele Lebensbereiche prägt.

Internationales Diktat

Wirtschaftsethiker wie Peter Ulrich von der Universität St. Gallen hatten schon vor Jahren angemahnt, man müsse den «Primat demokratischer Politik und der humanen Würde» vor jeder Ökonomisierung durchsetzen. Kritische Wirtschaftsethiker gibt es auch in den USA, doch sie scheinen keinen Einfluss auf den allgemeinen Trend zu haben. Internationale Organisationen wie die OECD oder der europaweite Bologna-Prozess haben eine nationale und föderale, demokratisch legitimierte Bildungspolitik verdrängt. Aktuelle Reformen und Bildungsprogramme folgen in der Regel internationalen Diktaten.

Der Einfluss der Ökonomisierung zeigt sich auch am sogenannten New Public Management (NPM), mit dem heute Verwaltungen geführt werden. Früher gab es in der Grundschule keine Schulleiter. In den Gymnasien fungierte der Konvent (Gesamtheit der Lehrer) als Parlament, das Beschlüsse fassen konnte, während das Rektorat als ausführendes Organ fungierte. Mit dem NPM wurden Schulen zu Betriebseinheiten.

Permanentes Vermessen

Nun bilden Schulleitungen die entscheidungsbefugte Management-Ebene, und die Lehrerschaft ist ein ausführendes Organ. Lehrer haben dabei ein Anhörungsrecht, mehr aber nicht. Dies bedeutet eine Entdemokratisierung der Schulstrukturen, entgegen der Rede von flachen Hierarchien. Weitere Hinweise auf die Ökonomisierung ergeben sich aus Gesundheitsbefragungen und Berichten von Schulpsychologischen Beratungsstellen. Sie dokumentieren eine massive Zunahme der Zahl der Kinder, die von Schulangst betroffen sind.

Gemäss dem Zürcher Erziehungswissenschafter Beat Kissling gibt es keine «Input-basierte» interpersonale Gestaltung von Schule und Unterricht mehr. Die Lernenden werden nicht, im Sinn von Humanismus und Aufklärung, zu selbständigem Denken in die Mündigkeit geführt. Vielmehr erleben wir eine «Output-basierte» Gestaltung, die weniger danach fragt, wie sich der Mensch geistig-seelisch entwickelt, als vielmehr danach, welchen Output er liefert. Ein solches Denken, orientiert am Ergebnis und an einer messbaren Leistung, verlangt natürlich nach einheitlichen Standards, nach permanentem Vermessen und Vergleichen mit einem entsprechenden Controlling.

Nun ist es kein Problem, wenn Akademien, Schulen oder Bildungspolitiker messbare Resultate anstreben, oder wenn die Gesellschaft von der Schule einen Output erwartet. Schliesslich ist die Schule auch dafür da, Mädchen und Jungen auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Die Schweizer Tradition einer starken Volksschule entstammt dem Ideal der Chancengleichheit für Lernende aus allen Schichten der Gesellschaft. Anders als in Ländern mit vielen Privatschulen, wo Lernende mit finanzstarken Eltern bedeutend mehr Chancen haben als jene aus bescheidenen Verhältnissen. Bildungspolitik ist immer auch Sozial- und Wirtschaftspolitik. Bildungseinrichtungen können allerdings nur dann auf Chancengleichheit hinwirken, wenn sie das richtige Rüstzeug für den passenden

Berufsweg anbieten können. Es braucht versierte Pädagoginnen und Pädagogen, nicht abstinente Lernbegleiter oder Coachs.

Ein vernachlässigtes Paradox freiheitlicher Gesellschaften ist, dass sie nur dann wirklich frei, kreativ und fortschrittlich bleiben, wenn sie gerade darauf verzichten, dies strukturell zu erzwingen. Geistige Leistungen gedeihen nur dort, wo ein freies Spiel mit Lust am Denken möglich ist, ein zwangloses Ausprobieren, Herausfordern und Schöpfen. Das ist Grundlage der Innovation, und Innovation führt zu Wettbewerbsvorteilen aller Art, sei es wirtschaftlich, sei es gesellschaftlich. Das kann nicht durch Vermessung, Controlling und Output-Management initiiert werden. Es braucht zuerst einmal Vertrauen in die Kraft des Individuums. Und die Erkenntnis, dass Vermessung und Controlling nicht Fortschritt bedeuten, sondern Misstrauen in die Freiheit.

In ihrer Forschungsarbeit weisen die englischen Erziehungswissenschafter Susan L. Robertson und Tore Sorensen darauf hin, dass Reformprogramme wie jene der OECD darauf abzielen, Schule und Bildung als strategisches Tool der Marktgesellschaft einzusetzen. Schüler und Lehrer werden Teil einer «wettbewerbsfähigen Wissensökonomie».

Das Bildungssystem wird zu einem Ort der Domestizierung. Es geht so nicht mehr darum, junge Menschen freiheits- und verantwortungsfähig zu machen, etwa durch intellektuellen Pluralismus, durch das Aushalten abweichender Sichtweisen, durch das Aufbrechen von Denkgewohnheiten, um am Widerspruch zu wachsen.

Menschen können nur in der Spannung zur Welt als Originale reifen, doch eine Vermessung führt zu Druck und Angst – letztlich zu Konformität. Die überragende Gestaltungskraft individueller Freiheit geht verloren. Die vollständige Humankapitalisierung des Menschen vermag bestenfalls ein System aus emsigen, digital gerüsteten Ameisen hervorzubringen. Doch der Preis ist die schleichende Entmündigung und Entfremdung des Menschen.

Umso wichtiger wäre eine Rückbesinnung auf die humanistischen Werte und auf ein Bildungssystem, das den Primat von Politik und Demokratie vor der Logik des Marktes hochhält. Dazu gehört das Verständnis von Unterricht als interpersonales Geschehen, das Lernende geistig und sozial reifen lässt. Dazu gehört auch die persönliche Verantwortung der Lehrperson. Diese muss beim System Bildung wieder mitsprechen können und dazu befähigt werden, Klassen im gemeinschaftlichen Streben zu führen. Das ist, jenseits von abstrakten Vorgaben des Outputs und Controllings, ausschlaggebend.

Dem Druck standhalten

Die Globalisierung konfrontiert den Westen mit einer Konkurrenz antifreiheitlicher Systeme und Weltanschauungen, etwa aus dem chinesischen oder arabischen Raum. Diesem Druck kann nur ein fester Glaube an die Freiheit standhalten, an die unübertroffenen Vorteile eines Liberalismus, der das Individuum und seine Entwicklung ins Zentrum stellt. Ein solcher Freiheitsglaube ist am Ende nichts anderes als der Glaube an den Menschen selbst. An den Menschen als unersetzbare, einmalige Person mit einem unersetzbaren, einmaligen Potenzial.

Giuseppe Gracia *ist Schriftsteller und Kommunikationsberater.*

«Totalverwertung des Menschen»

NZZ, 10. Mai 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Giuseppe Gracia beschreibt in seinem Artikel Aspekte eines weitgehend entpersonalisierten und wissensmässig banalisierten Bildungsverständnisses in unserem zeitgenössischen Schulwesen (NZZ 6. 5. 24).

Es gibt zu denken, dass das pädagogisch-didaktische Handeln und Vermitteln einer Lehrperson (Input) laut PH-Ausbildung und international gesetzten Normen überholt zu sein scheint. Fortschrittliche Schulführung wird heute darin gesehen, «selbstorganisiertes» und «-verantwortliches» Lernen zu managen, jeder Lernende alleine in seiner Nische mit Digitalgerät wie in einem Grossraumbüro.

Aus der angebotenen Lernumgebung muss jeder sein eigenes Lernprogramm auswählen und es in eigenem Lerntempo abarbeiten. Wer sich dabei schwertut, deshalb zu viel stört, erhält eine Diagnose und Psychopharmaka verpasst.

Beinahe 2500 Jahre Bildungsgeschichte, beginnend mit Sokrates, bauten auf dem Gedanken der interpersonalen Vermittlung mit dem Ziel der Förderung und Schulung des Humanum auf, sprich der geistig-sozialen Reifung und der vertiefenden Einsichts- und Verantwortungsfähigkeit des jungen Menschen. Dies ist der Weg zu echter Mündigkeit.

Nun soll der angeblich innovative Fortschritt darin bestehen, dass die Essenz der kulturellen Evolution, nämlich voneinander zu lernen und das erworbene Wissen weiterzugeben, gekappt wird. Jedem soll nun anheimgestellt werden, das Rad in seiner eigenen Blase neu zu erfinden!?

Dies ist gemeint, wenn Giuseppe Gracia meine Aussagen dahingehend wiedergibt, dass es «keine ‹Input-basierte› interpersonale Gestaltung von Schule und Unterricht mehr» gebe. Beigefügt werden muss: Es ist alleine dem gesunden Menschenverstand und der gereiften Intuition vieler Lehrerkolleginnen und -kollegen zu verdanken, dass in unseren Schulen heute doch noch vieles erstaunlich gut funktioniert, weil diese in gewissem Sinne täglichen Widerstand leisten und ihrem pädagogischen Ethos folgend eben doch bei der personalen Vermittlung bleiben.

Beat Kissling, Zürich

Sehnsucht nach der ganz normalen Schule

Condorcet Bildungsperspektiven, 12. Mai 2024, von Claudia Wirz

Noten machen glücklich • Die Schule ist zu einer Therapieanstalt verkommen. Das verdirbt den Kindern nicht nur den Spass, es versperrt auch den Blick auf das, was Schule sein sollte: Ein Ort des Lernens, Wetteiferns, des Umfallens, des Wiederaufstehens, der Sozialisierung und nicht zuletzt der Emanzipation. Erinnerungen der Condorcet-Autorin Claudia Wirz, einer ehedem ganz normalen Schülerin, die froh ist, dass sie nicht heute zur Schule gehen muss.

Wer wie die Schreibende einen grossen Bruder hat, hat vielleicht einen anderen Zugang zur Schule als jene, die eine andere Familienkonstellation haben. Dass der Bruder Dinge lernen durfte, die der gut drei Jahre jüngeren Schwester noch verwehrt waren, befeuerte den Ehrgeiz, dem grossen Bruder nachzueifern. Es konnte doch nicht sein, dass er etwas besser konnte! Man könnte das die Energie des geschwisterlichen Wettbewerbs nennen, der ausschliesslich beflügelte und nie verbissen geführt wurde.

Pacemaker für den Denksport

Diese Energie bestimmte die gesamte Schulzeit der Schreibenden. Der Bruder war sozusagen das, was der Pacemaker für die Athleten eines 10’000-Meter-Laufes ist. Der Wettbewerb und das Teamwork zwischen den Geschwistern bestimmte mehr als alle anderen Einflüsse bis zur Matura die Haltung zur Schule und zum Lernen.

Doch zurück zur Primarschülerin. 31 Kinder waren wir damals in der 1. Klasse im Schulhaus Auhof im Zürcher Arbeiterquartier Schwamendingen. Die Zahl 31 ist deshalb verbrieft, weil sich unsere Lehrerin, Frau G., die vielen Namen in ihrer neuen Klasse nicht merken konnte oder wollte. Und so nummerierte sie uns einfach in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen durch. Die Schreibende

war die Letzte in dieser Reihenfolge und markierte mit ihrer Nummer 31 deshalb auch die Klassengrösse.

Alle Hefte, Farbstifte und Bücher sowie die Sportsachen mussten mit der eigenen Nummer versehen werden. Bald identifizierten wir uns mit unserer Zahl, entwickelten eine Art Nummernstolz. Die Nummer wurde quasi zum Alter Ego und sollte stets im besten Lichte stehen. Die Nummer verpflichtete. Auch die Klassengrösse war für uns kein Problem und die Tatsache, dass wir nur eine einzige Lehrerin hatten, war nicht der Rede wert. Umso mehr konzentrierten wir uns auf unsere einzige Lehrerin. Und ja, die meisten von uns wollten ihr gefallen.

Die Vorstellung, nach heutiger Mode ständig von irgendwelchen Aufsichtspersonen oder Computerprogrammen gehütet, gehätschelt, befürsorgt und für jede jugendliche Spinnerei pathologisiert und therapiert zu werden, hätte wohl keinem von uns Freude gemacht.

Normal waren auch wir Kinder. Auch wenn in Schwamendingen der Anteil Fremdsprachiger schon damals relativ hoch war, so wollten doch alle das Gleiche: schreiben, lesen und rechnen lernen, um später einmal einen tollen Beruf zu erlernen und reich zu werden. Die Vorstellung, nach heutiger Mode ständig von irgendwelchen Aufsichtspersonen oder Computerprogrammen gehütet, gehätschelt, befürsorgt und für jede jugendliche Spinnerei pathologisiert und therapiert zu werden, hätte wohl keinem von uns Freude gemacht.

Das Scheitern, so bitter es im Moment auch sein mag, gehört zu den existentiellen Erfahrungen im Leben, und am besten lernt man es im geschützten Rahmen der Schule oder im Sportverein.

Noten machen glücklich!

Freude machten hingegen gute Noten. Man könnte sogar behaupten, nichts mache ein Schulkind glücklicher als eine ehrlich verdiente gute Note. Eine solche Note ist nicht nur irgendeine Zahl. Sie ist eine Belohnung und lässt das Hirn Glückshormone ausschütten, ein Gefühl, das man nicht kaufen, nur verdienen kann. Wer Noten abschaffen möchte, nimmt den Schulkindern nicht zuletzt die Möglichkeit, diese beglückende Erfahrung zu machen, die im Übrigen nicht nur im Moment glücklich macht, sondern zum Weitermachen anspornt.

Wo es Licht gibt, gibt es auch Schatten. Deshalb gehören alle in der Schule auch mal zu den Schlechten. Selbst Einstein oder Churchill wurden davon nicht verschont. Das ist völlig normal und bedarf keiner sozialpädagogischen Überreaktion. Das Scheitern, so bitter es im Moment auch sein mag, gehört zu den existentiellen Erfahrungen im Leben, und am besten lernt man es im geschützten Rahmen der Schule oder im Sportverein. Mit der realitätsfremden Idee, den Kindern jegliches negative Erlebnis in der Schulzeit zu ersparen, tut man den späteren Erwachsenen jedenfalls keinen Gefallen; man erzieht sie geradezu zur Lebensuntauglichkeit und zum ewig therapiebedürftigen Problemhaufen.

Ein Komplettversagen in ihrer Paradedisziplin, dem Aufsatzschreiben, ist der Schreibenden noch heute in lebhafter Erinnerung. Aufsatzthema war unser Besuch einer Probe im Theater am Neumarkt. Obwohl das Aufsatzschreiben zuverlässig Fünfeinhalber oder Sechser eintrug, wollte es dieses Mal nicht klappen. Der Einstieg war miserabel. Im zweiten Abschnitt wurde es nicht besser, und schliesslich ging der ganze Text im Chaos auf. Es folgte ein unerbittliches, aber gerechtes Urteil des Lehrers, notabene vor der ganzen Klasse. Und es sollte der Gescheiterten eine Lehre sein – und ein Ansporn, es das nächste Mal wieder besser zu machen. Dass man aus Fehlern klug wird, ist keine

hohle Phrase. Deshalb ist auch das Scheitern in der Schule zentral für das gedeihliche Erwachsenwerden.

Zurück zur Normalität!

Nicht alle negativen Erfahrungen haben indes Positives bewirkt. Im Französischunterricht liess uns der Lehrer regelmässig aufstehen und Verben in allen möglichen Aggregatszuständen durchkonjugieren. Die einen bekamen einfachere Aufgaben, die anderen schwierigere, der Zufall führte Regie. Wer es richtig machte, durfte sich setzen und war gerettet. Das alles erzeugte einen enormen sozialen Druck, niemand wollte der Letzte sein, der noch stand, oder derjenige, der wegen Fehlern stehenbleiben musste. Das Spiel mit dem Blossstellen empfanden wir als Qual. Es machte das Französisch zum Fach des Schreckens, was bis heute Spuren hinterlassen hat.

Gleichwohl haben wir allesamt die Schule ganz normal absolviert und ebenso als ganz normale junge Leute mit meistens recht normalen Zeugnissen verlassen. Aus allen ist mehr oder weniger etwas Normales im besten Sinne geworden, soweit die Schreibende davon Kenntnis hat.

Die Schule scheint nur so von potenziellen Problemfällen zu strotzen, von Schulschwänzern, Leseschwachen, Verhaltensoriginellen, Diskriminierten, Traumatisierten, Corona-Geschädigten oder Hochbegabten, und alle werden sie professionell betreut.

Doch was ist eigentlich normal? Glaubt man den Medienberichten, ist die Schule heute im Unterschied zu früher fast nur noch ein Problemverwaltungsinstitut. Oder anders gesagt: Wer heute in der Schule normal ist, ist nicht ganz normal. Das Spezielle ist heute das pädagogische Leitmotiv und zwar eines, das von einer prosperierenden Sozialindustrie erfolgreich bewirtschaftet wird. Die Schule scheint nur so von potenziellen Problemfällen zu strotzen, von Schulschwänzern, Leseschwachen, Verhaltensoriginellen, Diskriminierten, Traumatisierten, Corona-Geschädigten oder Hochbegabten, und alle werden sie professionell betreut. Das Normale, das keiner Betreuung bedarf, ist zumindest aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden und für die Betreuungsindustrie sowieso uninteressant. Das Normale ist nicht mehr wichtig. Das ist tragisch, denn dieser «Mittelstand» trägt die Gesellschaft. Die Schulzeit war schön, als alles noch einigermassen normal war; zumindest für die Schülerinnen und Schüler.

***Claudia Wirz**, Journalistin, neu für den Condorcet-Blog arbeitend: Nichts macht ein Schulkind glücklicher als eine ehrlich verdiente gute Note.*

Schon bald dürfen Lehrpersonen mit ausländischem Diplom unterrichten

Tages-Anzeiger, 6. Mai 2024, Politik & Wirtschaft, Nina Fargahi

Fachkräftemangel im Klassenzimmer • Sie waren Lehrerinnen in Russland und in der Türkei. Jetzt sollen sie auch in der Schweiz vor der Klasse stehen. Erste Kantone wollen Lehrpersonen mit ausländischem Diplom beschäftigen.

Im Klassenzimmer 023 an der Pädagogischen Hochschule Bern ist etwas anders als sonst. Normalerweise werden hier Lehrkräfte ausgebildet. Doch an diesem Freitagmorgen wird schnell klar: Hier sitzen bereits voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. 16 Profis. Das zeigt sich an der Reflexion

und den Kompetenzen der Teilnehmenden, aber auch an ihrem Auftreten. Eine Ausbildung zur Lehrperson braucht hier augenscheinlich niemand, höchstens eine Weitebildung zum hiesigen Bildungs- und Schulsystem.

Genau das bezweckt das neue CAS (Certificate of Advanced Studies): Lehrpersonen mit einem ausländischen Lehrdiplom sollen im Kanton Bern unterrichten dürfen. «Man setzt auf eine vielversprechende Strategie der Personalgewinnung: Lehrpersonen, die im Ausland ihre Ausbildung gemacht haben und deren Lehrdiplom nicht, noch nicht oder teilanerkannt ist, werden am Zentrum für Professionalitäts- und Laufbahnentwicklung auf ihre Aufgaben als Lehrperson an einer Schweizer Schule vorbereitet», sagt Studienleiterin Nathalie Glauser. Sie zeigt mit dem Finger auf die Klasse und sagt: «Überzeugen Sie sich selbst, wie gut sie sind.»

Bestens qualifiziert, aber unerkannt

In der Klasse sitzen Elizaveta Ratnikova und Can Demir. Sie stammen aus Russland und der Türkei. Beide kamen vor vielen Jahren in die Schweiz, verfügen über ein universitäres Lehrdiplom und sprechen Deutsch, so wie die meisten in diesem Kurs.

Can Demir ist Kurdin und hat in der Türkei Anglistik studiert. Sie hat sowohl auf Primar- als auch auf Gymnasialstufe unterrichtet und war zudem Dozentin an der Uni. Sie hat auch als Primarlehrerin in Texas gearbeitet, während ihr Mann eine Zeit lang in den USA sein Doktorat absolvierte. Die Familie mit zwei Kindern floh 2016 aus politischen Gründen in die Schweiz.

Die bald 50-Jährige verfügt über einen B-Ausweis und sagt: «Ich habe mehr als 200 Bewerbungen als Lehrerin verschickt und nur Absagen erhalten.» Der Grund: Ihr Lehrdiplom stammt aus der Türkei, und in der Schweiz kann sie keine Berufserfahrung im Schulbereich ausweisen. Daher war sie vor allem als Servicemitarbeiterin tätig. Seit kurzem arbeitet sie als Klassenhilfe in einem Bundesasylzentrum.

Elizaveta Ratnikova ist Halbukrainerin, in Russland geboren und aufgewachsen. Sie hat an der Universität in Moskau Sprachwissenschaften studiert und ist ausgebildete Lehrerin für Englisch und Deutsch. Sie ist ausserdem Spezialistin für Interkulturelle Kommunikation.

Im Jahr 2004 kam Ratnikova für Anglistikvorlesungen nach Bern, verliebte sich hier und ist geblieben. Als der Ukraine-Krieg ausbrach, wurde sie von der Stadt Bern als Lehrperson in den Integrationsklassen angestellt. Es sei eine Notmassnahme gewesen. Gleichzeitig habe sie unzählige ukrainische Familien in der Schweiz empfangen und Unterkünfte organisiert. «Es war eine schwierige Zeit», sagt sie.

Davor war die 46-Jährige als Übersetzerin tätig. «Ich bin für den Lehrberuf geboren, aber ich hatte die Hoffnung aufgegeben, weil in der Schweiz die Hürden zu hoch sind.» Ratnikova hat den C-Ausweis und befindet sich momentan im Prozess, sich einbürgern zu lassen.

Der Lehrpersonenmangel in der Schweiz ist akut

Der Lehrpersonenmangel in der Schweiz ist akut. Das Bundesamt für Statistik (BFS) rechnet mit einem Mangel von 10’000 Lehrkräften bis im Jahr 2031. Die Gründe: Die Bevölkerung wächst, gleichzeitig gehen die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Rente. Die Pädagogische Hochschule (PH) in Zürich verzeichnet erstmals seit vielen Jahren abnehmende Studierendenzahlen.

Der Kanton Bern hat erkannt: Hier gibt es Leute, die dem Lehrkräftemangel etwas entgegensetzen können.

In diversen Kantonen werden seit einigen Jahren auch PH-Studierende und pensionierte Lehrkräfte an die Schulen geholt, um den Lehrkräftemangel etwas zu lindern. Auch Köche, Sozialarbeiterinnen, Banker oder Therapeutinnen stehen immer häufiger für eine befristete Zeit in den Klassenzimmern, etwa in den Kantonen Aargau, Bern und Zürich. Sie heissen Poldis: Personen ohne Lehrdiplom. «Im Gegensatz zu den Poldis haben unsere Teilnehmenden aber tertiäre Lehrausbildungen

absolviert», sagt Glauser. Alle 16 Kursteilnehmenden verfügen über mindestens zehn Jahre Berufserfahrung als Lehrkraft. Sie kommen aus Portugal, Spanien, Sri Lanka, Polen und weiteren Ländern.

Die Jüngsten sind 40-jährig. Der Aufenthaltsstatus wurde für die Kursteilnahme absichtlich offengelassen, daher gibt es Teilnehmende mit Schutzstatus S, vorläufiger Aufnahme, B- oder C-Bewilligung sowie Eingebürgerte. Der Kurs setzt ein B2-Niveau voraus, was bedeutet: Die deutsche Sprache muss so gut beherrscht werden, dass eine spontane und fliessende Unterhaltung möglich ist.

Der Lehrgang vermittelt ausgebildeten Lehrpersonen mit einem ausländischen Lehrdiplom Grundkenntnisse des Schweizer Bildungs- und Schulsystems und dauert ein halbes Jahr. Die Teilnehmenden stärken vor allem ihre überfachlichen Kompetenzen.

In der Schweiz ist die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) für die Anerkennung von ausländischen Lehrdiplomen und Ausbildungsabschlüssen zuständig. Sie sagt aber: «Die Rekrutierung und Prüfung von Anstellungsvoraussetzungen sowie die Einstufung und die Entlohnung liegen in jedem Fall in der Kompetenz der einzelnen Kantone.» Anders gesagt: Eine Anstellung in der Schweiz ist auch ohne Anerkennung des Diploms durch die EDK möglich. Darüber entscheidet die Anstellungsbehörde, also in der Regel die lokale Schulbehörde. «Unausgebildete» erhalten 20 Prozent weniger Lohn. Dasselbe gilt für ausländische Lehrpersonen – bis ihr Diplom anerkannt wird.

Allerdings könnte der neue Lehrgang bei der Diplomanerkennung eine gewichtige Rolle spielen. So schreibt die EDK: «Das CAS der PH Bern ist grundsätzlich geeignet, um Unterschiede in den Ausbildungen teilweise zu kompensieren und Personen mit ausländischen Ausbildungsabschlüssen zu Be-ufserfahrung zu verhelfen, welche bei der individuellen Gleichwertigkeitsüberprüfung durch das Generalsekretariat der EDK im Einzelfall berücksichtigt werden können.»

Oder einfacher ausgedrückt: Das CAS in Bern hilft bei der Anerkennung von ausländischen Lehrdiplomen.

Inspiration für andere Kantone

Jedenfalls ist die Nachfrage für den Lehrgang «Unterrichten mit ausländischem Lehrdiplom» gross, über 200 Interessierte hätten sich zwischen Juni und August 2023 gemeldet, sagt Studienleiterin Glauser. «Wir können die Besten auswählen und den Standard hoch halten.» Für die Eltern sei es ebenfalls ein grosses Anliegen, dass ihre Kinder zu kompetenten Lehrpersonen in die Schule gingen. Auch die PH in Zürich scheint von dieser Initiative angetan zu sein und teilt mit, «zurzeit die Entwicklung weiterer Angebote für Personen mit einem ausländischen Lehrdiplom zu prüfen».

Derweil hat die Bildungskommission des Parlaments den Bundesrat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, in welcher Form und mit welcher Systematik derzeit die Daten zum Bildungspotenzial und zum Bildungsniveau aller Geflüchteten in der Schweiz erfasst und bearbeitet werden. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) fragt bei den Asylanhörungen kaum nach den beruflichen Qualifikationen.

Mitte-Nationalrätin und Bildungspolitikerin Marie-France Roth Pasquier sagt: «Aufgrund des Fachkräftemangels wäre es wichtig, die Qualifikationen und Kompetenzen der Geflüchteten in der Schweiz zu kennen, um sie auch gezielter im Arbeitsmarkt zu integrieren.» Auch Studienleiterin Glauser sieht es ähnlich: «Wir wissen gar nicht, welche talentierten Schätze wir in diesem Land haben, deren Potenzial wir nutzen könnten.» Ein Blick in die Statistik der EU zu den reglementierten Berufen zeigt: Lehrpersonen sind die drittgrösste Berufsgruppe, die migriert.

Weil das CAS in Bern auf viel Interesse stösst, werden im Herbst weitere Lehrgänge starten. Der Kanton Bern bezahlt dafür 6800 Franken pro Kopf. Denn er hat etwas erkannt: Hier im Klassenzimmer 023 sitzen Leute, die dem Lehrkräftemangel etwas entgegensetzen können.

Ich bleib dann mal weg

NZZ am Sonntag, 5. Mai 2024, Schweiz, René Donzé

Kantonale Bildungsdirektionen sind alarmiert. Vermehrt verweigern Kinder und Jugendliche den Schulunterricht. Das hat laut Fachleuten vor allem zwei Ursachen. Von René Donzé

Eine Zahnspange kommt für ihn nicht infrage. Dann würden ihn die Mitschülerinnen noch häufiger auslachen als jetzt, befürchtet der Jugendliche mit den krummen Zähnen. Also bleibt er zu Hause, zuerst stundenweise, dann tageweise. «Irgendwann kam er überhaupt nicht mehr», erzählt der Schulleiter Daniel Finger, «und das trotz enger Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus und pädagogischen Massnahmen.» Finger leitet seit 22 Jahren Schulen, die letzten 12 Jahre das Oberstufenzentrum Mühlematt im bernischen Belp mit 380 Schülern. Er macht sich grosse Sorgen: «Seit ein paar Jahren fehlen bei uns immer wieder Schüler regelmässig oder über längere Zeit. So etwas gab es früher bei uns nicht», sagt der 58-Jährige.

Inzwischen gehören solche Fälle zum Schulalltag: «In einer Klasse fielen gleich drei Mädchen nacheinander aus. Zwei konnten wir wieder zurückholen. Eines ist derzeit nicht mehr bei uns. Das Verhalten wirkt ansteckend.» Das Thema beschäftigt die Schule. Kürzlich hat Finger die Elternvertretungen in einem Gespräch darauf aufmerksam gemacht. «Immer mehr Kinder wollen nicht mehr am Unterricht teilnehmen», steht im Sitzungsprotokoll. Als mögliche Gründe werden aufgeführt: «Sozialphobie, Kriegsangst, eventuell Spätfolgen der Corona-Vereinsamung oder unsere Schnelllebigkeit in der Gesellschaft, die junge Menschen unter Druck setzt.»

Mädchen besonders betroffen

Belp ist überall. Landauf, landab berichten Schulen und Behörden von einer Zunahme des sogenannten Schulabsentismus. Gemeint sind sich häufende Absenzen von Schülerinnen und Schülern bis hin zur totalen Schulverweigerung. Wie verbreitet das Phänomen genau ist, weiss niemand, da es statistisch kaum erfasst wird. Ein Trend zum vermehrten Schuleschwänzen lässt sich aber aus der Pisa-Studie herauslesen. Dort gaben 2022 rund 10 Prozent der Schüler an, dass sie in den letzten zwei Wochen vor dem Pisa-Test mindestens einen Tag gefehlt hätten. 2015 hatten bloss 5 Prozent diese Frage bejaht.

Systematisch erhoben wird das Thema in der Gesundheitsbefragung der Stadt Zürich: Hier haben im Schuljahr 2022/23 rund 10 Prozent der Mädchen und 6 Prozent der Knaben in der zweiten Sekundarklasse mehrmals eine Lektion geschwänzt. Gleich tageweise blieben 7 Prozent der Mädchen und 5 Prozent der Knaben der Schule fern. Die Zahl der betroffenen Mädchen hat sich gegenüber der letzten Befragung, die fünf Jahre zuvor durchgeführt worden war, markant erhöht. Bei den Jungen blieb sie etwa stabil.

Eine andere Zahl liefert der Jahresbericht des Schulpsychologischen Dienstes des Kantons St. Gallen. Dort weist die Kriseninterventionsgruppe für das Schuljahr 2021/22 total 32 Vorfälle im Zusammenhang mit Schulabsentismus aus, zwei Jahre vorher waren es erst 9 Fälle. Dabei handelt es sich lediglich um die Spitze des Eisbergs.

Das Problem beschäftigt die kantonalen Bildungsdirektionen zunehmend, wie eine Umfrage dieser Zeitung zeigt. Von den 17 Kantonen, die geantwortet haben, melden 14 einen gefühlten Anstieg der Fälle. Mehrere Kantone haben soeben neue Massnahmen wie Weiterbildungen, Sensibilisierungen und neue Merkblätter zum Thema beschlossen. «Absentismus ist ein Thema, das die Schulen stark umtreibt», sagt Dagmar Rösler, die Präsidentin des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz. «Es löst viele Emotionen aus und stellt uns alle vor eine grosse Herausforderung.» Die Schulen unternähmen bereits viel, könnten das Problem aber nicht alleine lösen.

Was ist los mit den Schülerinnen und Schülern? Für Fachleute stehen zwei Gründe im Zentrum: Ängste und die Nachwirkungen von Corona. Elsbeth Freitag ist Vizedirektorin des Schulpsychologischen Dienstes des Kantons St. Gallen und leitet eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema. Betroffene Kinder hätten oft mit Ängsten und Mobbing zu kämpfen, sagt sie. Soziale Netzwerke

verstärkten die Situation zusätzlich: Früher beschränkten sich Sticheleien und Ausgrenzungen auf die Zeit vor Ort in der Schule, nun aber gehe es online weiter: «Heute hört es nicht mehr auf, dass man geplagt wird», sagt Freitag. Dazu kämen Leistungsdruck, Prüfungsängste, Zukunftsängste.

Zudem hätten die Schülerinnen und Schüler in der Pandemie erlebt, dass der Schulbesuch nicht sakrosankt sei – zuerst wegen des Lockdowns, dann wegen der Quarantänemassnahmen. «Vor Corona war die Schule eine felsenfeste Mauer, nun hat diese Lücken erhalten», sagt Freitag. «Die Schulpflicht ist nicht mehr so selbstverständlich – auch aus Sicht von systemkritischen Eltern.» Elsbeth Freitag stellt zudem fest, dass sich der Umgang mit schwierigen Situationen geändert hat. «Absentismus ist für einen Teil der Jugendlichen eine Form der Problemlösung geworden.»

Absentismus ist ein weiter Begriff, der von gelegentlichem Fernbleiben bis hin zur totalen Schulverweigerung reicht. Laut Fachleuten gehört Schwänzen als bewusstes, meist kurzes Aufbegehren gegen Autoritäten zum Heranwachsen vieler Jugendlicher und ist keine neue Erscheinung. Doch wenn es regelmässig, früh und gehäuft auftritt, kann es auf eine problematische Entwicklung hinweisen. Von Schulverweigerung spricht man dann, wenn Kinder oder Jugendliche mit dem Wissen der Eltern nicht mehr zur Schule gehen. «Spätestens wenn es drei nicht zusammenhängende Absenzen innert sechs Wochen gibt, sollte die Schule reagieren. Dann muss man das Diffuse auf den Tisch bringen», sagt Freitag. Massnahmen müssten gut koordiniert werden, Fachstellen, Schule und Eltern eng zusammenarbeiten.

Eltern in der Pflicht

Die steigende Zahl der Fälle von Absentismus spürt auch das Ambulatorium für Schul- und Ausbildungsprobleme (Asap) der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern. Dort werden Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Schulumfeld behandelt, etwa mit Angststörungen, Lern- und Anpassungsschwierigkeiten. Der Andrang ist gross: Die 21 Plätze sind besetzt, 22 Patienten stehen auf der Warteliste und müssen bis zu vier Monate auf ihre Behandlung warten. «Wir sind mit unseren Kapazitäten an die Grenzen gelangt», sagt die Asap-Leiterin Jana Bryjová.

Sie verweist auf Studien und Befragungen, die generell eine starke Zunahme von psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen zeigen. «Neun von zehn der von Absentismus betroffenen Schüler leiden auch unter einer psychischen Störung», sagt Bryjová. Auch die Zürcher Gesundheitsstudie hat gezeigt, dass Schüler, welche Anzeichen einer psychischen Beeinträchtigung haben, «signifikant erhöhte Anteile beim Absentismus» aufwiesen – vor allem die Mädchen. Rund ein Viertel der Patientinnen und Patienten im Asap werden explizit wegen Schulabsentismus angemeldet. «Es sind meist verschiedene Faktoren, die zusammenspielen», sagt Bryjová. Sie nennt als Beispiel eine Jugendliche mit Loyalitätskonflikten zwischen den geschiedenen Eltern, die gleichzeitig an einer Angststörung leidet, von Mitschülern gemobbt wird und deren Klassenlehrpersonen mehrmals gewechselt haben. «Die Betroffene schafft sich kurzfristig Erleichterung, indem sie zu Hause bleibt, macht damit aber das Problem langfristig noch grösser.»

Schulabsentismus hat viel mit der Familie zu tun. Die Forschung zeigt, dass sich bei rund drei Viertel der chronisch absenten Schüler entweder die Mutter oder der Vater in psychiatrischer Behandlung befindet. Weitere belastende Faktoren sind: Armut in der Familie, häufiger Wohnortwechsel, Arbeitslosigkeit der Eltern, Gewalt und Streit unter den Eltern.

Aber auch ungünstige schulische Bedingungen wie Unterforderung, Überforderung, grosse Klassen oder häufige Lehrerwechsel können Schulabsentismus fördern. Jana Bryjová sieht einen Treiber des Problems ebenfalls in den sozialen Netzwerken: «Sie können Mobbing verstärken und den Jugendlichen den Schlaf rauben.» Zudem habe die Corona-Pandemie viele familiäre und soziale Probleme verschärft.

Auch in Belp sucht Daniel Finger nach Erklärungen für den zunehmenden Absentismus. Nebst externen Faktoren ortet er Probleme im Verhalten der Schülerinnen und Schüler selber. «Die Gesellschaft wird generell weicher, das Durchhaltevermögen hat abgenommen», sagt der Schulleiter. Das

spiegle sich auch im Umgang von Eltern mit ihren Kindern: «Sie haben nicht mehr die konsequente Erwartungshaltung, setzen sich weniger durch.»

Wenn ein Schüler oder eine Schülerin nicht mehr zur Schule kommen wolle, sei es «matchentscheidend», so schnell wie möglich zu reagieren, sagt er. Es braucht Gespräche mit dem Jugendlichen, den Eltern, der Lehrperson und der Schulsozialarbeiterin. Zudem seien Fachstellen rechtzeitig mit einzubeziehen. «Wenn ein Jugendlicher zu lange weg von der Schule ist, dann ist er weg vom Fenster.» Oft versuche man darum in Belp, das Wochenprogramm so anzupassen und zu reduzieren, dass es für ihn noch machbar ist, sagt Finger: «Mir ist es lieber, er kommt nur die Hälfte der Zeit, als dass er gar nicht mehr kommt.»

Zweifel am Weg gegen Lehrermangel

Tages-Anzeiger, 11. Mai 2024, Forum

«Tages-Anzeiger» vom 6.5. «Schon bald dürfen Lehrpersonen mit ausländischem Diplom unterrichten»

Wenn an der Pädagogischen Hochschule Bern Lehrerinnen und Lehrer mit ausländischem Lehrdiplom für das Unterrichten fit gemacht werden, spricht auf den ersten Blick manches für das Beschreiten eines komplett neuen Weges im Kampf gegen den eklatanten Fachkräftemangel. Ob das für 2031 prognostizierte, gewaltige Loch auf diese Weise wirksam gestopft werden kann, ist allerdings äusserst fraglich. Gründe für den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern gibt es weit mehr als das im Artikel erwähnte Bevölkerungswachstum und die ins Rentenalter kommenden geburtenstarken Jahrgänge. Wer mit einer ausländischen Lizenz vor grossen, heterogenen Klassen und allen anderen damit verbundenen Herausforderungen an unserer Volksschule arbeiten will, ist den genau gleichen Bedingungen unterworfen, wie sie Pädagogen mit hiesigen Lehrpatenten zu bewältigen haben - und genau darum sehr oft vorzeitig das Handtuch werfen. Darum sind grosse Zweifel angebracht, ob sich der in Bern eingeschlagene Weg als nachhaltig herausstellen wird.

Max Knöpfel, Pfäffikon

«Zu viel Druck»

NZZ am Sonntag, 12. Mai 2024, Leserbriefe

Vermehrt verweigern Kinder und Jugendliche den Schulunterricht. «Ich bleib dann mal weg» NZZaS vom 5. Mai

Der Schulabsentismus ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Viele Kinder leiden auch unter Druck, Ängsten, Unter- oder Überforderung, ohne dass sie die Schule schwänzen. Mit teuren sonderpädagogischen Massnahmen wird versucht, diese Kinder in die Regelschule zu integrieren, oft mit zweifelhaftem Erfolg. Dies sollte zu folgender Einsicht führen: Die Kinder sind in ihrer Entwicklung und ihren Begabungen zu verschieden, als dass man alle mit dem gleichen Schulmodell gut fördern könnte. Es braucht Schulen mit verschiedenen pädagogischen Konzepten und Schwerpunkten, deren Zugang aber allen Kindern offenstehen soll. Die Elternlobby Schweiz schlägt daher vor, die neue Kategorie «Freie Schulen» als Ergänzung im öffentlichen Bildungswesen einzuführen. Damit könnten manche Kinder besser gefördert und so wohl auch der Schulabsentismus reduziert werden.

Erwin Ogg, Vorstand Elternlobby Schweiz, Jona (SG)

Für den sprunghaft angestiegenen Schulabsentismus sieht René Donzé vor allem zwei Ursachen: Ängste und Mobbing. Nur am Rande ist die Rede davon, dass auch die Schule selber eine Ursache sein könnte. Befragt man aber Kinder und Jugendliche, wird schnell deutlich, dass sie in erster Linie unter dem wachsenden Prüfungs- und Leistungsdruck leiden, der sie in einen permanenten gegenseitigen Konkurrenzkampf zwingt, aus dem die einen immer wieder als «Gewinner» und die anderen als «Verlierer» hervorgehen, was bei diesen zu einer endlosen Kette von Misserfolgserlebnissen bis hin zum Verlust jeglichen Selbstvertrauens führen kann, der eigentlichen Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen. Die sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mögen oft schwierig sein. Wäre die Schule aber ein Ort des Wohlbefindens und der Lebensfreude, wo alle Kinder ausnahmslos erfahren dürften, wie wertvoll sie sind und über was für wunderbare Begabungen ein jedes von ihnen verfügt, dann würden wohl kaum so viele so ungern zur Schule gehen.

Peter Sutter, Buchs (SG)

«Reichlich naiv»

NZZ am Sonntag, 5. Mai 2024, Leserbrief

«Schule ohne Selektionsdruck»

Die Schulleiter, welche eine solche Vereinheitlichung fordern, sind reichlich naiv, wenn sie meinen, damit in unserem doch weitgehend bewährten System die Chancengleichheit zu erhöhen. Zum Glück haben Eltern und Stimmvolk auch noch ein Wörtchen mitzureden, denn sie bezahlen schliesslich die Zeche und wollen garantiert nicht nach diversen missglückten Schulreformen jetzt noch einen derart verfehlten Radikalumsturz. An einigen Orten hätten die Pläne Widerstände ausgelöst, heisst es. Hoffentlich auch – da gilt es, einige Leute, welche jegliche Sicht auf vernünftige Grenzen und ihre eigenen Kompetenzen verloren haben, klar in die Schranken zu weisen.

Bruno Pfister, Galgenen (SZ)

Nationale Geschichte im Mikrokosmos zweier Brücken

Journal 21, 11. Mai 2024, Carl Bossard

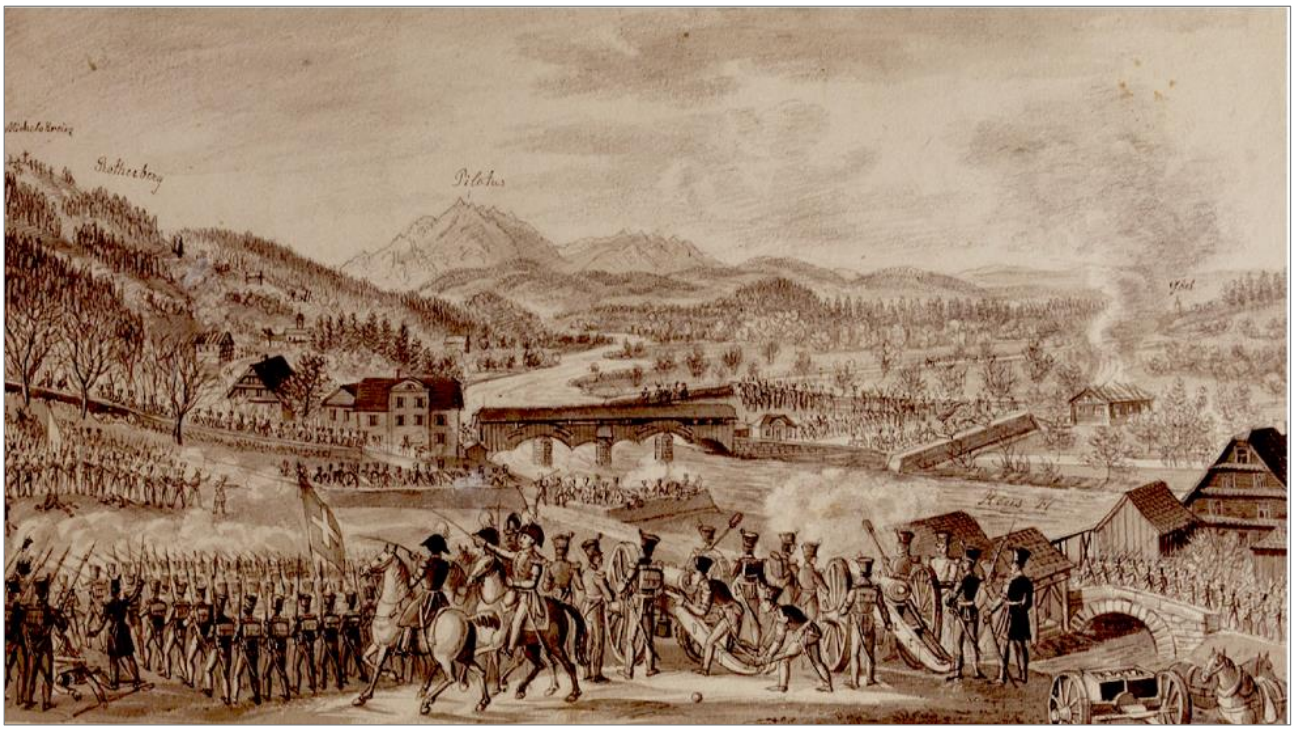
Wege in der Landschaft sollen die «Wege zur Schweiz» erschliessen. Das ist die Idee eines Historikerteams. Als erstes Projekt ist der Sonderbundsweg entstanden. Er erinnert an den vierwöchigen Krieg im November 1847. Er machte den Weg frei zum modernen Bundesstaat von 1848. Ein Augenschein vor Ort.

Was prägen und bleiben soll, muss zum Erlebnis werden. Dazu ist Entdecken nötig und Verweilen. Eine Wanderung in historischer Landschaft ist ein solcher Moment. Diesem Ziel widmet sich das Projekt «Wege zur Schweiz».[1] Es will im öffentlichen Raum Zugänge zur Vergangenheit unseres Landes verständlich machen und so den Bogen vom Heutigen zum Damaligen spannen. Augenfälliges und Unscheinbares, Vordergründiges und Hintergründiges, Alltägliches und Aussergewöhnliches sollen dabei sichtbar und darum erlebbar werden – auf der Basis heutiger Kenntnisse. Aufgezeigt werden wichtige Etappen der Schweizer Geschichte wie beispielsweise die Helvetik (1798–

---

[1] *Auf der Website www.wege-zur-schweiz.chfinden sich detaillierte Informationen zum Sonderbundsweg. Der Inhalt eignet sich auch als Unterrichtsmaterial. Dazu sind über das Smartphone Audio- und Videosequenzen abrufbar.*

1803). Das Vorhaben initiiert hat der Historiker Jürg Stadelmann, ehemaliger Lehrer an der Kantonsschule Luzern.



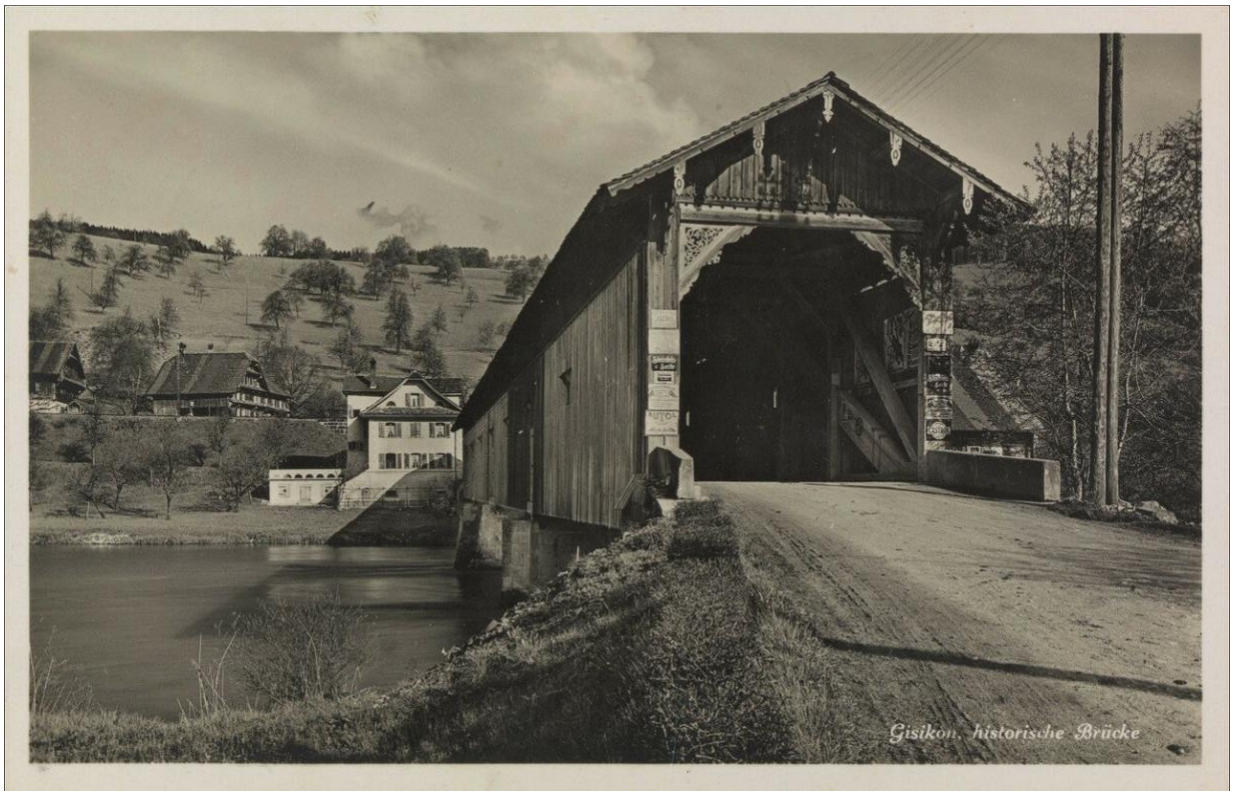
Das entscheidende Gefecht im Sonderbundskrieg vom November 1847 bei Gisikon (Bild: Sammlung Nationalmuseum)

Im Mikrokosmos zweier Brückenköpfe – und die Folgen

Der Sonderbundsweg führt von Sins im aargauischen Freiamt reussaufwärts über Rotkreuz (ZG) nach Gisikon (LU), eine Strecke von 13 Kilometern. Die Route eignet sich als Wanderung und als Schulreise, auch als Velofahrt. Ausgangspunkt ist die historische Holzbrücke von Sins, Schlusspunkt die Reussbrücke bei Gisikon. Zwischen diesen zwei Reussübergängen bekämpften sich die beiden Parteien. Beim Brückenkopf von Gisikon erlitten die Sonderbundskräfte am 23. November 1847 eine folgenschwere Niederlage. Sie machte den Tagsatzungstruppen den Weg frei in die Stadt Luzern. In der Folge kapitulierten die Sonderbundskantone. Frei wurde damit auch der Weg zur modernen Bundesverfassung.

Die Holzbrücke von Sins (1930er-Jahre) mit dem noch bestehenden alten aargauischen Zollhaus (Bild: Gemeindearchiv Sins AG)

Die Brücke in Gisikon (vermutlich um 1900) (Privatarchiv Jürg Stadelmann, Luzern)



Der wichtige Brückenkopf von Gisikon (um 1913) (Bild: ETH-Bildarchiv, Fotograf Emil Goetz)

Eine 23-köpfige Kommission machte sich an die Revision des Bundesvertrags von 1815. Mitte Februar 1848 hielt sie ihre erste Sitzung ab. Am 8. April, lediglich 51 Tage später, lag der Text zur neuen Bundesverfassung vor – mit dem bis heute gültigen demokratisch-föderalistischen Zweikammersystem.[2]

In Volksabstimmungen bejahte eine Mehrheit der Kantone während der Monate Juli und August die neue Bundesverfassung. Am 12. September 1848 erklärte sie die Tagsatzung für angenommen. Die Schweiz wurde als Pionierland die erste stabile Demokratie Europas – inmitten eines monarchischen Umfeldes.

Vielfältige Geschichtsvermittlung

Auf dem Sonderbundsweg führen 13 Informationsstationen mit Texten und Bildern ins damalige Geschehen und erklären das Vergangene – auf vielfältige und zeitgemässe Art. Über einen QR-Code lässt sich beispielsweise ein fiktiver Radiosender abrufen: Eine Journalistin reist zurück und befragt Exponenten liberaler und konservativer Tageszeitungen der wilden 1840er-Jahre. Hörbar und spürbar wird so die heftige Polarisierung der damaligen Zeit und das raue Ringen zwischen den beiden Lagern im Vorfeld des Sonderbundskrieges (vgl. Kastentext).

Zur Sprache kommt nicht nur der politische Kontext, beleuchtet wird nicht nur die Optik und Strategie der beiden Kriegsparteien. Spannend sind auch die sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte dieser Epoche. In der Nähe eines Bauernhofs wird beispielsweise die Lebensrealität der Menschen um 1840 thematisiert. Es geht um «Armut, Auswanderung und Ausweglosigkeit»[3]: das Mikroperspektivische. Standort 9 dagegen beleuchtet eine makroperspektivische Sichtweise. Die

---

[2] *In die Verfassungskommission eingebracht hat die Idee der liberale Schwyzer Katholik Melchior Diethelm. Er stützte sich dabei auf eine Publikation des Luzerner Philosophen Ignaz Paul Vital Troxler.*
Vgl. Jürg Stadelmann: Ein Duo prägte die moderne Schweiz. Was haben Melchior Diethelm aus Schwyz und Ignaz Troxler aus Beromünster mit der Schaffung von National- und Ständerat zu tun? Sehr viel. In: Luzerner Zeitung. CH Media, 23.03.2023, S. 20.

[3] *Vgl. Erich Aschwanden: Geschichte will erwandert sein – auf dem Sonderbundsweg unterwegs zur modernen Schweiz. In: NZZ, 08.09.2023.*

Informationen verorten den Sonderbundskrieg im europäischen Kontext der Revolutionsjahre 1848/49.

Zwei Stationstafeln unterwegs (Bild: Jürg Stadelmann)

Der Bundesstaat von 1848 als Kompromiss zwischen Apfel und Traube

Der Abschnitt zwischen 1798 und 1848 ist eine der spannendsten Epochen der Schweizer Geschichte. Die Zeitspanne beinhaltet den kräftigen Konflikt zwischen zentralem Einheitsstaat und lockerem Staatenbund; es ist der Streit zwischen dem französisch-napoleonischen Zentralismus – symbolisiert im Apfel – und dem alteidgenössischen Föderalismus, abgebildet in der Traube. Der fünfzigjährige Kampf zwischen Apfel und Traube, zwischen der Idee eines neuen Einheitsstaates und der alten föderalen Struktur ist intensiv. Verstärkt wird die Polarisierung zwischen Liberal-Radikalen und Konservativen über die Konfessionalisierung durch Protestanten und Katholische. 1841 hebt der liberale Kanton Aargau die Klöster auf. Daraufhin beruft Luzern Jesuiten an seine höheren Schulen. 1844 und 1845 kommt es zu zwei Freischarenzügen. Ein Schutzbündnis der sieben katholisch-konservativen Kantone ist die Folge: der Sonderbund zwischen Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und dem Wallis. Das alles führt zu einem Crescendo mit kriegerischer Konfrontation. Und wieder droht ein Bruch – wie beispielsweise im Alten Zürichkrieg 1436–1450 oder in der Zeit vor dem Stanser Verkommnis 1481.

Ein Krieg ebnet den Weg zum Bundesstaat von 1848

Mitte 1847 erklärt die Tagsatzung, der eidgenössische Gesandtenkongress in Bern, den Sonderbund für ungültig; Anfang November beschliesst sie seine gewaltsame Auflösung. Es kommt zum letzten Bürgerkrieg in der Schweiz. Auf der einen Seite stehen die Tagsatzungseinheiten mit rund 100’000 Mann unter General Guilaume-Henri Dufour, auf der anderen Seite die Sonderbundstruppen unter dem Kommando von Johann Ulrich Salis-Soglio mit rund 50’000 Soldaten.

Es ist ein kurzer Krieg. Die Sonderbundskantone stehen auf verlorenem Posten und kapitulieren bald. Die Gefechte kosten rund 100 Menschen das Leben; etwa 500 werden verwundet. Zehn Monate später liegt eine neue Verfassung vor. Am 12. September 1848 wird die Schweizerische Eidgenossenschaft zum Bundesstaat. Er bringt den Kompromiss – in Form der Orange: Die Haut symbolisiert den Bund, die Schnitze stehen für die Kantone. Konkret: Die Schweiz, ein vielfältiges Land mit möglichst autonomen Gliedstaaten oder eben Kantonen, dies dank einer föderativen Staatsstruktur. Aus dem alten Staatenbund wird über den helvetischen Einheitsstaat von 1798 der heutige Bundesstaat von 1848. Der Sonderbundeskrieg vom November 1847 hat dazu den Weg freigemacht.

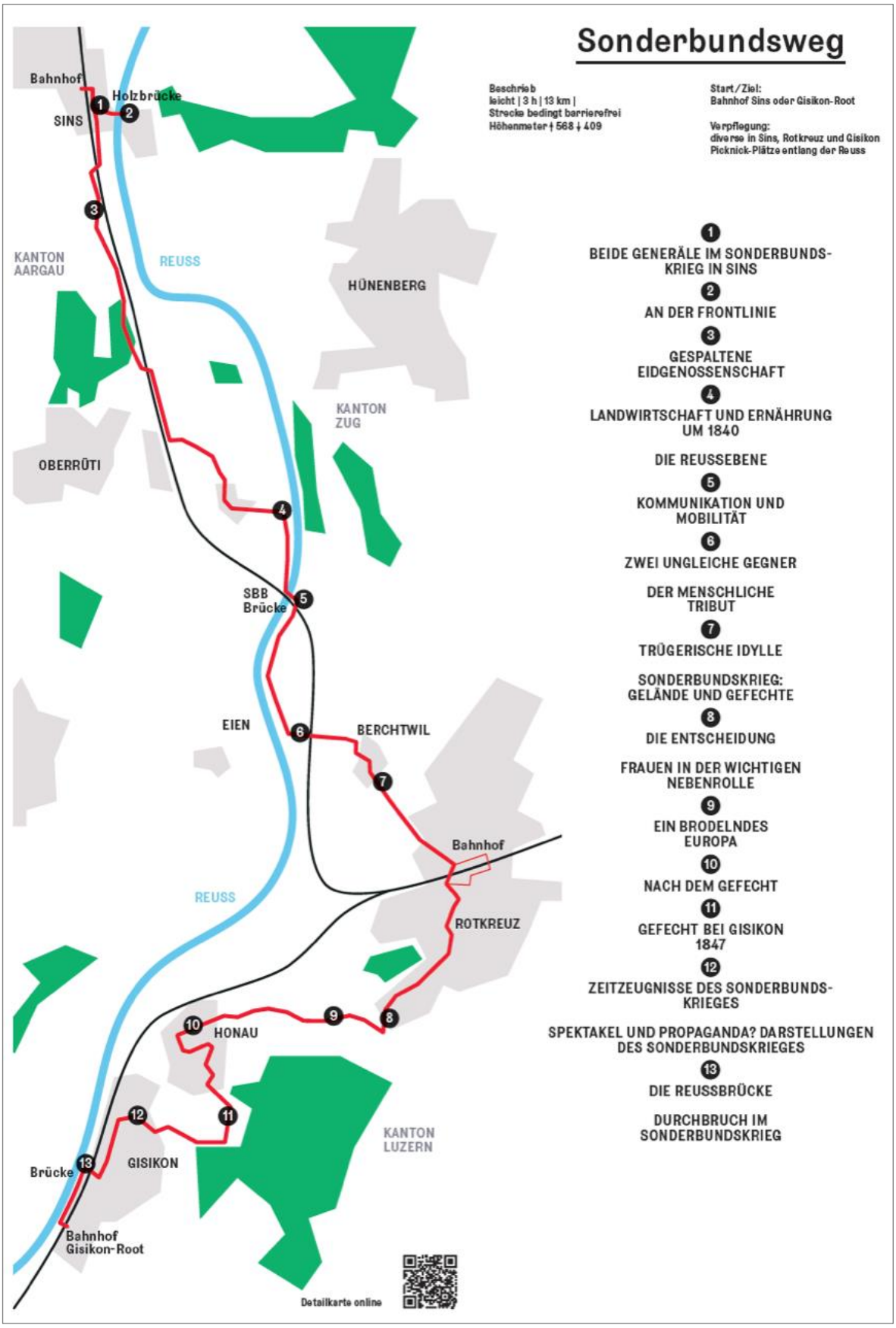
Der Sonderbund kennt wenig Eindeutigkeiten

Was war 1847? Ein Religionskrieg? Ein Bürgerkrieg oder ein Bruderzwist, gar ein Sezessionskrieg? Und war 1848 ein Staat der Sieger und der Durchbruch der Moderne? War es eine Stunde Null?[4] Können wir von einer Zäsur oder sogar einer Revolution sprechen? So fragt der Historiker und Initiant Jürg Stadelmann. Nur eines steht für ihn eindeutig fest: «Der Weg zum Bundesstaat ist frei geworden über einen Krieg.»

Bundesverfassung 1848 (Bild: Burgerbibliothek Bern, Gr.D.63, Lithographie, Studer Caspar Lithograph, gedruckt in Zürich)

Darüber hinaus gibt es wenig Eindeutigkeiten. Das zeigt ein Video am Standort 11. «Was war der Sonderbundskrieg aus heutiger Sicht nun wirklich?» Auf diese Frage reagieren und argumentieren vier ausgewiesene Fachleute und Geschichtsexperten ganz unterschiedlich. Heidi Bossard-Borner, Kurt Messmer, Jakob Tanner und Walter Troxler kommen zu verschiedenen Schlüssen. Das ist ebenfalls eine wichtige Erkenntnis auf dem historischen «Weg zur Schweiz» zwischen Sins und Gisikon – gerade auch für Schülerinnen und Schüler.

[4] *Vgl. Rolf Holenstein: Stunde Null. Die Neuerfindung der Schweiz 1848. Die Privatprotokolle und Geheimberichte. Basel: Echtzeit Verlag GmbH, 2018.*



Der Sonderbundsweg zwischen Sins und Gisikon (Bild: zVg)

Kleinklassen wieder salonfähig machen – Integration um jeden Preis hat versagt

Zürcher Oberländer, 15. Mai 2024, Tribüne, Anita Borer

Die Probleme in den Schulen werden immer deutlicher: sinkendes Bildungsniveau, hoher Anteil an fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern, grosse Unruhe im Klassenzimmer, immer mehr sonderpädagogische Massnahmen sowie steigende Bürokratie und steigende Kosten. Insbesondere die Integration von verhaltensauffälligen Kindern in die Regelklassen gelangt immer mehr an ihre Grenzen.

Das Konzept der Integration um jeden Preis hat versagt. Integration ist dann sinnvoll, wenn sie erfolgversprechend für die Schülerin oder den Schüler ist und den Klassenverbund stärken kann. Die aktuelle Handhabung, die jedes Kind in die Regelklassen integrieren will, dient in vielen Fällen weder dem betroffenen Kind noch der Schulklasse.

Die schulische Integration hat gemäss Umfragen von Tamedia und NZZ (publiziert Anfang 2023) auch in der Bevölkerung entsprechend an Akzeptanz verloren. Diese Integration führt – entgegen den ursprünglichen Versprechen – nicht zu tieferen, sondern zu höheren Kosten. Der Koordinationsaufwand ist gewachsen, die Anzahl integrativ geschulter Kinder gestiegen, die Anzahl extern beschulter Kinder währenddessen nicht gesunken. Zudem braucht es zahlreiche Therapeuten, um dem kompliziert gewordenen Gefüge einer Schulklasse gerecht zu werden. Und wenn es mit einem Kind in der Regelklasse gar nicht mehr geht, wird dieses ganz separiert, das heisst in eine teure externe Sonderschule geschickt oder sogar individuell beschult.

Die Förderklassen-Initiative und eine ähnlich lautende Motion von SVP, FDP und GLP im Kantonsrat packen das Problem an der Wurzel. Initiative und Motion verlangen, dass Kleinklassen als niederschwellige Angebote wieder zum Grundangebot gehören. Ziel ist es, insbesondere verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler temporär aus dem Klassenverbund herausnehmen zu können und dadurch die Regelklassen zu entlasten.

Dies dient allen Beteiligten. Zudem lohnt es sich finanziell, da mit dem Angebot Kosten für Fremdplatzierungen und externe Sonderschulungen reduziert werden. Letztlich ist es das Ziel, dass wieder mehr Ruhe in den Schulbetrieb einkehrt. So kann der Fokus auf die Vermittlung von Wissen gelegt und damit die Bildungsqualität wieder optimiert werden.

Sie Unterstützen dies? Hier können Sie die Förderklassen-Initiative unterschreiben:

www.schule-mit-zukunft.ch/unterschreiben.

***Anita Borer** ist SVP-Kantonsrätin und wohnt in Uster*

Veranstaltungshinweis

Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024

Referenten

Prof. Dr. med. Oskar Jenni
(Entwicklungspädiatrie, Universitäts-Kinderspital Zürich)
Anika Butters, lic. phil.
(Marie-Meierhofer-Institut Zürich)

Ort und Datum

Mittwoch, 12. Juni 2024, 18.30 – 20.30
OST – Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)
9000 St. Gallen
Grosser Plenarsaal, Parterre
Mehr...